

## Inforadar 37 Periode Januar bis Dezember 2021; versandt am 18. Februar 2022

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Anbei eine Liste mit «wasserpolitisch» mehr oder weniger Relevantem aus dem Jahr 2021. Die erweiterte Übersicht werden wir dann im «Wasserpolitischen Jahresrückblick 2021» in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift *Aqua und Gas* publizieren.

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wie immer wünsche ich frohes Fischen in den mal seichteren, mal tieferen wasserpolitischen Gründen. Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet:



Andri Bryner

### **Volksabstimmungen vom 13.6.**

Am 13.6. kamen die beiden wasser-, bzw. gewässerrelevanten Volksbegehren «Trinkwasserinitiative» und «Pestizidinitiative» zur Abstimmung. Beide wurden abgelehnt. Die Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung mit 60.7% Nein, die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» mit 60.6% Nein. Einzig Basel-Stadt hat beide Vorlagen angenommen.

[Detaillierte Resultate.](#)

### **Der Bundesrat...**

- 17.2. / stellt eine [Neuregelung des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel](#) vor. Ab dem 1.1.2022 ist nicht mehr das BLW, sondern das BLV federführend, und dem Bafu wird eine stärkere Position eingeräumt. Eine Revision der PSMV soll bis Mitte 2023 erfolgen.
- 17.2. / beantwortet die Interpellation 20.4708 von Michael Töngi (grüne/LU) zu finanziellen Anreizen des Bundes für eine eigentlich eh schon gesetzlich vorgeschriebene [Reduktion der Stickstoff- und Phosphoremissionen](#) mit Verweis auf die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) und die dort vorgesehen Absenkpfade für Stickstoff- und Phosphorverluste.
- 17.2. / nimmt Stellung zur Interpellation 20.4644 von Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) zu [Biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreizen im Bereich Abwasserentsorgung](#) mit Verweis auf die laufende Überprüfung der Subventionen auf negative Folgen für die Biodiversität.
- 24.2. / beantragt mit Verweis auf laufende Arbeiten, bzw. die nächste Planung von 2026 für Revitalisierungen die Ablehnung des Postulats 20.4696 von Fabien Fivaz (grüne/NE) zur [Eliminierung unnötiger Schwellen](#) in Schweizer Bächen und Flüssen.
- 26.5. / beantwortet die Anfrage 21.1011 von Martina Munz (sp/SH), wonach der Klimawandel zu höheren Winterabflüssen und damit zu einer [Steigerung der Winterstromproduktion in den Laufkraftwerken von rund 5%](#) führen werde.
- 18.6. / verabschiedet die rund 150seitige Botschaft zum [Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien](#). Darin enthalten sind Förderinstrumente für die Gross- und Kleinwasserkraft und quantifizierte Ausbauziele. Das Paket wird zurzeit von der Energiekommission des Ständerats beraten.

- 23.6. / verabschiedet die [Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030](#). Gewässer und Biodiversität sind Teile davon. Der BR fordert auch einen transparenten Umgang mit Zielkonflikten (z.B. zwischen Gewässerrevitalisierung und Gewässernutzung). Gleichzeitig hat der BR einen ersten [Aktionsplan für die Jahre 2021-2023](#) verabschiedet. Darin enthalten ist der Auftrag, eine Untergrundstrategie (inkl. Grundwasser) zu erarbeiten. Federführend ist das VBS.
- 17.11. / beantragt Ablehnung der Motion 21.4204 von Jacques Nicolet (svp/VD): [Waldflächen in Grundwasserschutzzonen sollen als "Schutzwälder" gelten](#). Bestehende Instrumente und ein in Erarbeitung stehender Leitfaden des Bafu würden genügen.

## Das Parlament...

- sisiert in der Frühlingssession die [Botschaft zur Agrarpolitik 2022+](#), u.a. mit Absenkpfeilen für Stickstoff- und Phosphorverluste und einem Massnahmenpaket zum besseren Schutz des Trinkwassers. Der Bundesrat wurde gleichzeitig beauftragt, dem Parlament bis spätestens 2022 einen Bericht zur Beantwortung des Postulats 20.3931 [«Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik»](#) vorzulegen. Damit wird das Parlament die Beratung der AP22+ frühestens im Frühling 2023 wiederaufnehmen. (Eine gute Übersicht, wie es zu dieser Sistierung kam, gibt die Sessionsvorschau Frühling 2021, S. 101ff: <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/vorschau-fs-2021-nr.pdf> )
- 19.3. / nimmt die Parlamentarische Initiative 19.475 der WAK-S [«Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»](#) mit einigen Änderungen an. Darin enthalten sind Änderungen im Chemikalien-, Gewässerschutz- und Landwirtschaftsrecht. Insbesondere muss die Zulassung für Pestizide überprüft werden, wenn in Gewässern, die für die Trinkwassernutzung relevant sind der Grenzwert von 0,1 µg/L wiederholt und verbreitet überschritten wird; oder in Oberflächengewässern die ökotoxikologisch begründeten Grenzwerte für Pestizide wiederholt und verbreitet überschritten werden. Das Referendum wird nicht ergriffen. Siehe dazu auch den Bericht der WAK: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/1667/de>
- 19.3. / erledigt die Interpellation 20.4184 von Nik Gugger (evp/ZH), dass die Schweiz dem [Globalen Abkommen zur Vermeidung von Plastikverschmutzung beitreten](#) bzw. sich im Kampf gegen Plastikverschmutzung stärker engagieren soll.
- 19.3. / NR erledigt die Interpellation 20.4661 von Christophe Clivaz (Grüne/VS): [Übermässige Stickstoff- und Phosphoreinträge. Wann gibt es endlich griffige Massnahmen?](#) Mit dem Verweis auf das Massnahmenpaket in der AP22+.
- 1.6. / NR lehnt die Standesinitiativen 18.319 des Kantons Genf und 18.308 des Kantons Jura ab, die den Einsatz von Glyphosat stoppen wollten. [Schluss mit dem Einsatz von Glyphosat in der Schweiz](#). Eine Mehrheit im Parlament folgte der WAK-Mehrheit, welche Glyphosat weder human- noch ökotoxikologisch als besonders problematisch einstuft.
- 3.6. / SR lehnt Postulat 21.3177 von Damian Müller (fdp/LU) ab. [Nährstoffverluste. Verlässliche Grundlagen zur Verfügung stellen](#). Der BR hatte auf laufende Arbeiten und die Palv 19.475 verwiesen und zusätzliche Studien abgelehnt.
- 15.6. / SR nimmt die Motion 20.3625 von Roberto Zanetti (sp/SO) Wirksamer [Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche](#) an. Neu werden bis 2030 40% der Kosten für die Bestimmung der Zuströmbereiche vom Bund subventioniert. Die geforderte Regelung, dass in den Zuströmbereichen kein Pestizid in Konzentrationen über 0,1 µg/L vorkommen darf, ist mit der Umsetzung der Palv 19.475 erfüllt worden.
- 15.6. / SR nimmt Motion 20.4261 der WAK-NR an: [Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen](#) – nicht nur auf die Landwirtschaft zielen, lautet die Devise; siehe auch Motion 20.4262 zur Entfernung von Mikroverunreinigungen.

- 18.6. / NR erledigt Interpellation 21.3107 von Lars Guggisberg (svp/BE) [Wasserkraft muss auch im liberalisierten Strommarkt konkurrenzfähig sein](#). Der BR hat zugesichert, für die Regelung des Wasserzinsmaximums ab 2024 neue (auch flexible) Lösungen zu prüfen. Veränderungen des Marktes müssten berücksichtigt werden können.
- 18.6. / NR erledigt die Interpellation 21.3183 von Kurt Fluri (fdp/SO) [Stakeholderprozess zur Erarbeitung des neuen Aktionsplans Biodiversität](#). Der Bundesrat verspricht, (auch) die weitere Erarbeitung und Umsetzung der Strategie partizipativ anzugehen, warnt aber auch davor, dass Partizipation bei den Stakeholdern Erwartungen bezüglich Zahl und Ausrichtung der Massnahmen wecke, denen der Bund nicht gerecht werden könne.
- 18.6. / NR erledigt die Interpellation xx von Regula Rytz (grüne/BE) Gewisse [Subventionen und Anreize in der Landwirtschaft schaden der Biodiversität](#) und der Produktivität des Bodenökosystems. Was tut der Bund? Der BR verweist in seiner Antwort auf die (sistierte) AP22+ und die laufende Überprüfung der Subventionen gemäss Aktionsplan Strategie Biodiversität.
- 29.9. / SR stimmt dem Antrag des Bundesrates zu und schreibt zahlreiche Motionen und Postulate ab. Darunter auch das Postulat 17.4059 «[Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat](#). Zweckmässigkeit und Modalitäten» von Adèle Thorens Goumaz (Grüne/VD). Das Anliegen sei erfüllt, schreibt der BR.
- 30.9. / NR lehnt die Motion von Werner Hösli (svp/GL) [übernommen von Jakob Stark (svp/TG)] 19.4374 ab. Der Vorstoss hätte den [Gewässerraum zugunsten der landwirtschaftlichen Nutzung verkleinert](#).
- 1.10. / NR erledigt Interpellation 21.3477 von Jon Pult (sp/GR): Welche Bundesbetriebe, bundesnahen Unternehmen oder Verwaltungseinheiten des Bundes kennen einen [Absenkpfad Pestizide](#), so wie die SBB? Der BR erwähnt das VBS in seiner Antwort.
- 1.10. / NR erledigt Interpellation 21.3543 von Regula Rytz (Grüne/BE) Umstrittene ["Wasserpartnerschaft" der DEZA mit Nestlé](#). Wie weiter? Der BR verteidigt die Standards der Alliance for Water Stewardship (AWS). Ein MoU mit Nestlé lief 2020 aus.
- 30.11. / NR nimmt Motion 20.4262 der WAK-NR an: [Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle \(rund 740\) Abwasserreinigungsanlagen](#); der Bundesrat hat das Begehren mit dem Verweis auf die laufende Strategie Micropoll und die hohen Kosten (40 statt 9 CHF/Person ) abgelehnt. Jetzt muss der BR die GschV so anpassen, dass alle ARA, deren Ausleitungen Grenzwertüberschreitungen zur Folge haben, Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen umsetzen müssen.
- 9.12. / Interpellation 21.4402: [Erhöhung der Staumauern](#), um gegen das Hochwasser zu kämpfen und um auf die Dringlichkeit der Stromversorgungssicherheit zu reagieren, von Benjamin Roduit (evp/VS)
- 16.12. / Interpellation 21.4568: [Droht Knappheit an sauberem Wasser?](#) Von François Pointet (Grünliberale/VD)
- 17.12. / NR erledigt die Interpellation 21.4324: [Gelten für Chlorothalonil-Metaboliten keine Höchstwerte mehr?](#) Von Nadine Masshardt (sp/BE). Der Bundesrat hat in seiner Antwort betont, dass weder die Weisung des BLV noch die Höchstwerte ausser Kraft seien, dass aber Massnahmen, welche von der Relevanz der Metaboliten ausgehen, vorläufig «zurückhaltend angegangen» werden sollten.
- 17.12. / NR erledigt die Interpellation 21.4101 von François Pointet (Grünliberale/VD): [Trinkwasser in unseren öffentlichen Schwimmbädern. Die reinste Verschwendung!](#) Nebst den sicherheitsrelevanten und ökonomischen Gründen sieht der Bundesrat auch aus Sicht des Ressourcenschutzes keinen Handlungsbedarf, da der Trinkwasserverbrauch rückgängig ist und das für öffentliche Schwimmbäder eingesetzte Trinkwasser weniger als 5 % der jährlich gewonnenen Gesamtmenge ausmacht.

## Parlament: abgeschriebene Vorstösse

Folgende Vorstösse hat das Parlament abgeschrieben, zumeist da im Rat nicht innert zwei Jahren abschliessend behandelt. Oft sind die Begründungen des BR dennoch aufschlussreich.

- 19.3. / Motion 19.3258 von Denis de la Reussille (grüne/NE) [Mehrwertsteuer auf Pflanzenschutzmitteln](#). BR verwies auf den AP PSM.
- 19.3. / Interpellation 19.3350 von Thomas Hardegger (sp/ZH) [Antibiotikaresistenzen schmuggeln sich durch die Kläranlagen](#).
- 18.6. / Interpellation 19.3791 von Martina Munz (sp/SH) Pestizide. Werden [Cocktailwirkungen im Zulassungssystem vorwiegend reaktiv geprüft](#)? BR verwies in seiner Antwort auf AP22+.
- 1.10. / Interpellation 19.4235 von Leo Müller (evp/LU) [Was alles fliesst die Flüsse hinunter?](#) Der Interpellant hatte unterstellt, dass nur ein kleiner Teil der Gewässerbelastung aus der Landwirtschaft stamme, der grösste aus Gesellschaft, Industrie und Gewerbe. Der Bundesrat hat erläutert, weshalb er andere Prioritäten setzt.
- 1.10. / Interpellation 19.4022 von Martina Munz (sp/SH) [Verbindlichkeit bei der Nitratreduktion im Hinblick auf die AP22+](#) und Abstimmung zur Trinkwasser-Initiative. (siehe dazu auch Interpellation [19.3552](#): Welche Massnahmen der Agrarpolitik ab 2022 reduzieren die Ammoniak- und Nitratbelastungen sowie die Stickstoffemissionen in den Gewässern generell in relevantem Ausmass?)
- 17.12. / Interpellation 19.4536 von Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) über die [Finanzierung von Gewässerrevitalisierungen](#).
- 17.12. / Motion 19.4507 von Jean Pierre Grin (svp/VD) zur [Regulierung des Kormoranbestandes zum Schutz der Berufsfischerei und der Fischvielfalt](#).
- 17.12. / Motion 19.4561 von Hansjörg Knecht (svp/AG), der verlangt, dass [weniger eingedolte Bäche offen gelegt](#) werden sollen, weil das für die Landwirtschaft zu Nachteilen führe.
- 17.12. / Interpellation 19.4480 von Kathrin Bertschy (sp/SO) über den [Stickstoff-Absenkpfad](#) des Bundes. Der BR hat in der Antwort eingeräumt, dass noch sehr viel Handlungsbedarf besteht und die bisher erfolgte Reduktion nicht annähernd ausreicht, um die Schutzziele zu erreichen.

## Verwaltung

- 22.6. / BLW und Bafu publizieren eine [Vollzugshilfe zu Nährstoffen und Verwendung von Düngern in der Landwirtschaft](#).
- 21.9. / Das Bafu schickt das [Vollzugshilfe-Modul Massnahmen Geschiebehaushalt](#) bis zum 14.1.2022 zum zweiten Mal in Vernehmlassung. Die Rückmeldungen aus der ersten Anhörung waren kontrovers.
- 10.11. / Das Bafu publiziert den für die UREK NR erstellten Bericht über das [Konzentrationsverhältnis von Stickstoff \(N\) zu Phosphor \(P\) in Schweizer Seen](#). Dies in Ergänzung zum Bericht [«Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fliessgewässern»](#) von 2019.
- 13.12. / BFE und Bafu informieren über den Abschluss des [«Runden Tisches Wasserkraft»](#). Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Akteure (Werke, Kantone, NGOs) haben in diesem Forum über einen weiteren Ausbau der Wasserkraft diskutiert vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050, des Netto-Null-Klimaziels, der Versorgungssicherheit und dem Erhalt der Biodiversität. Am Ende wurde eine Erklärung verabschiedet, welche 15 alpinen Speicherseeprojekte (Neubauten und Vergrösserungen bestehender Stauseen) aus 33 geprüften am ehesten noch realisiert werden könnten und wie über projektspezifische Ersatzmassnahmen

verhandelt werden könnte. Damit könnten maximal 2 TWh zugebaut werden. Nicht alle teilnehmenden Organisationen haben die Erklärung unterzeichnet.

## Gerichte

- Pendent / Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts (Syngenta vs. Bund) in Sachen [Chlorothalonil und dessen Metaboliten – relevant oder nicht?](#). Ist nach wie vor pendent [Am 7.2.2022 wurden die neuen Resultate aus dem [Grundwasserbeobachtungsprogramm Naqua](#) publiziert: Besonders stark ist das Grundwasser durch den Metabolit R471811 belastet. Er überschreitet im Mittelland an mehr als 60% der Messstellen den Wert von 0.1 Mikrogramm pro Liter. Landesweit ist jede dritte Messstelle betroffen.]
- 20.8. / Kantonsgericht LU [heisst die neue Phosphorverordnung des Kantons gut](#), bzw. weist das Gericht eine Beschwerde von 145 Bauern gegen die Verordnung ab. Im Zentrum steht die nach wie vor zu hohe Phosphorbelastung im Baldegger-, Sempacher- und Hallwilersee. Dem Streit vorausgegangen waren Vorstösse im Luzerner Kantonsparlament und eine Bewertung seeinterner Massnahmen durch die Eawag.
- 21.9. / Das Bundesgericht heisst eine Beschwerde von drei Umweltverbänden gut. Sie hatten den Kanton Schwyz kritisiert, der den [Gewässerraum an der Mündung der Muota](#) bei Brunnen ungenügend breit und nicht mit einer Nutzungsplanrevision koordinier ausscheiden wollte. Urteil [1C 453/2020, 1C 693/2020](#).

## Weiteres / Kantone / Ausland

- 16.3. / Das National Centre for Climate Services des Bundes (NCCS) und das Bafu präsentieren die Abschlussberichte zum Programm Hydro-CH2018; [Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweizer Gewässer](#). Kein genereller Mangel an Wasser, aber je nach Region und Jahreszeit kann es knapp werden; lokal heftigerer Regen und mehr Überschwemmungen; bedrohte Biodiversität am und im Wasser – sind drei Kernaussagen. Klar wird aber auch, dass sich indirekte Folgen veränderter und intensivierter Wassernutzung voraussichtlich stärker auswirken als der Klimawandel selbst.
- 25.3. / In Zug überweist der Kantonsrat ein [Postulat](#) der Grünalternativen, welches von der Regierung verlangt, das ganze Einzugsgebiet des überdüngten Zugersees als Zuströmbereich festzulegen. Das hätte zur Folge, dass einige Bauernbetriebe ihre Tierbestände reduzieren müssten und gewisse Flächen nicht mehr mit Gülle gedüngt werden dürften. Siehe dazu auch Artikel [zentral-plus](#) vom 2.3.
- Die im Februar 2020 vom Zürcher Regierungsrat vorgestellte [Neuaufgabe des Zürcher Wassergesetzes](#) ist in der kantonsrätlichen Umweltkommission pendent.

## Ausblick:

- Die Verfahren für neue und zu erneuernde Wasserkraftwerke sollen beschleunigt werden. Konzessions- und Baubewilligungsverfahren werden in einen einzigen Verfahrenszug zusammengelegt. Bis zum 23.5.2022 läuft die Vernehmlassung zur entsprechenden Anpassung im EnG und weiteren Erlassen. [Vernehmlassungsunterlagen](#). (2022/4)
- Weiterhin pendent ist der Grundlagenbericht des Bundesrats zum Postulat Rieder 18.3610: [Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement](#). Er soll im ersten Halbjahr 2022 verabschiedet werden.

- Die Praxis mit der neuen Definition des Referenzzustandes, bzw. der Bemessung von Aufwertungs- und Ersatzmassnahmen bei Neukonzessionen von Wasserkraftwerken ist noch nicht etabliert. Hier kommt es allenfalls auch zu Gerichtsfällen.
- Die Praxis mit der neuen Situation bezüglich Ablösung ehehafter Rechte bei Wasserkraftanlagen ist noch nicht etabliert. Die Wasseragenda21 hat dazu - insbesondere zusammen mit den Kantonen - Grundlagen zu möglichen Vorgehensweisen erarbeitet. Siehe dazu die [FAQ-Zusammenstellung](#) mit Stand vom 6.3.2021

**...zum Schluss noch etwas «in eigener Sache»...**

21.12. / Das Parlament schreibt die Interpellation 19.4500 von Martina Munz (sp/SH) «Warum werden die zwei renommierten Institutionen [Eawag und WSL fusioniert?](#)» ab. Der offizielle Status lautet: «Abgeschrieben, weil nicht innert zwei Jahren abschliessend im Rat behandelt.» Die Medienmitteilungen zum neuen Swiss Federal Institute of Technology for Environment and Sustainability SITES sucht man auf der Website des ETH-Rats seither vergeblich.